

Liebe Mitarbeiterinnen und liebe Mitarbeiter, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, liebe Gewerkschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen ja heute vor dem Stadtkulturhaus, das ebenso vor einer unsicheren Zukunft steht, weil Inprotec als Eigentümer das Gebäude loswerden will und damit die Kulturvereine, das kulturelle Leben in Genthin vor neue Herausforderungen und Ungewissheiten stellt. Für mich als Kulturpolitischen Akteur, der sich für die langfristige Sicherung kultureller Strukturen im Ländlichen Raum einsetzt, ist das nur schwer zu ertragen. Aber heute bin ich hier, um im Namen der Linken euch solidarisch zur Seite zu stehen und euch in eurem Kampf um faire Löhne und Arbeitsbedingungen zu unterstützen!

Auf der Internetseite von Inprotec findet sich ja Folgendes: „Zugleich fühlen wir uns dem Wohl unserer Mitarbeiter verpflichtet. Die Balance zwischen Unternehmens- und Mitarbeiterinteresse ist das Resultat eines offenen Klimas und eines modernen Personalmanagements.“ Ja, welche Art von Balance meinen sie denn, eure Arbeitgeber? Und was heißt modernes Personalmanagement? Wenn Tarifverhandlungen bei Inprotec bereits nach der 1. Runde ausgebremst und eure berechtigten Forderung abgelehnt werden, dann kann es doch nur eines bedeuten: Eure Interesse haben sich hinten anzustellen: denn zu erst kommt der Profit, den Ihr jeden Tag aufs Neue überhaupt erst erarbeitet.

Was Ihr wollt? Was Gewerkschaften und die gut 130 Beschäftigten von Inprotect wollen? Ihr gutes Recht! Euer gutes Recht!

Für gute Arbeit muss es auch einen guten und auskömmlichen Lohn geben! Gleichwertige Arbeit muss auch gleich bezahlt werden – in Ost und West, für Frauen und Männer, für Leiharbeiter und Festangestellte. Gewerkschaft und Beschäftigte wollen, dass der Flächentarifvertrag gilt – so, wie ihn die Gewerkschaft mit dem Arbeitgeberverband verhandelt und abgeschlossen hat. Und das steht euch zu!

Aber bereits in der ersten Verhandlungsrunde lehnt der Arbeitgeber diese Forderung rundweg als eine „Maximalforderung“ ab. Nach gültiger Rechtsprechung sind Tariflöhne nicht maximale Löhne, sondern, das sind die minimalen Löhne. Die Arbeitgeber können mehr, aber dürfen nicht weniger zahlen, wenn sie tarifgebunden sind – auch wegen der gleichen Konkurrenzsituation. Es muss endlich mal Schluss damit sein, dass Arbeitgeber, die ihren Sitz weit ab von hier haben, den Osten als Niedriglohnsektor abgrasen. Hier muss endlich gleiches Recht gelten!

Liebe Kollegen, ihr wisst am besten, was bei Euch gearbeitet wird: Die Inprotec AG granuliert und trocknet als Lohndienstleister verschiedene chemische Substanzen. Absatzmärkte finden sich vor allem in der Waschmittel- und sonstigen Chemischen Industrie. Ebenso von Bedeutung sind Futtermittelzusatzstoffe und andere Abnehmerbranche. Im Geschäftsabschluss für das Jahr 2019 heißt es u.a.: „Letztlich konnte das Jahr mit einem guten Ergebnis abgeschlossen und dieses an die Muttergesellschaft abgeführt werden. Der Jahresüberschuss liegt, nach der Ergebnisabführung wie im Vorjahr bei 0 €.“

Auf gut deutsch heißt das: Wir haben zwar ordentlich Profit gemacht, immerhin gut zwei Millionen Euro, aber das ganze Geld an die Muttergesellschaft abgeführt und haben jetzt: Null! Trotzdem: Die Finanzlage ist unverändert solide.

An wen geht die Kohle? Wer ist die Muttergesellschaft? Die Beteiligungsgesellschaft Paragon hat die Mehrheit an diesem Unternehmen. Aber die sind nicht an Chemie interessiert oder an Genthin oder der „Schülerhilfe“ geschweige denn am Kulturhaus. Sie stellen nichts her, sie produzieren nicht und sie verkaufen nichts. Das ist das Geschäftsmodell von Beteiligungsgesellschaften: mit geliehenem Geld Beteiligungen kaufen und Profit kassieren.

Paragon beteiligt sich für mehrere Jahre an mittelständischen Unternehmen. In der Regel erwirbt Paragon eine Mehrheit und trifft dann Entscheidungen, um den Unternehmenswert zu steigern, sprich Löhne und Kosten zu senken, Personal abzubauen. In zwei bis drei Jahren soll Inprotec dann gewinnbringend weiterverkauft werden. Das ist der Grund, weshalb kein Angebot vorgelegt wird, weshalb der Arbeitgeber eine faire Verhandlung verweigert. Und das macht deutlich, was ihr für Paragon eigentlich seid: Spekulationsobjekte. Sie spekulieren mit eurer Zukunft. Aber ihr habt ein Recht auf Perspektive und Sicherheit. Und Ihr habt ein Recht auf Tarifbindung. Deshalb steht Ihr heute hier und macht Druck!

Denn die Arbeitsbedingungen hier liegen im Schnitt 25% unter denen der chemischen Industrie. Es gibt es keine transparente Eingruppierung und Entlohnung, kein festes Weihnachts- und Urlaubsgeld und auch die Arbeitszeit liegt über dem Niveau der Flächentarifverträge Chemie.

Liebe Kollegen, ihr wehrt Euch mit Eurer Gewerkschaft aus guten Gründen gegen diese Ausplünderung des Betriebes und habt dabei die Solidarität der Linken im Land.

*David Schliesing, Kandidat zur Bundestagswahl und Stephan Krull, Mitglied des Landesvorstandes und der AG Betrieb & Gewerkschaft Die LINKE Sachsen-Anhalt.*